

Landesbibliothek Oldenburg

Digitalisierung von Drucken

Norddeutsches Volksblatt. 1887-1918 9 (1895)

178 (2.8.1895)

[urn:nbn:de:gbv:45:1-253826](https://nbn-resolving.org/urn:nbn:de:gbv:45:1-253826)

Norddeutsches Volksblatt.

119

Organ für Vertretung
der Interessen des werktätigen Volkes.

Redaktion und Expedition: Sant, Adolfsstraße Nr. 1.

Inseraten-Nachnahme für die laufende Nummer bis spätestens Mittags 1 Uhr. Größere Inserate werden früher erbeten.

Nr. 178.

Sant, Freitag den 2. August 1895.

9. Jahrgang.

Abgeblit!

Alle die Kopfträger, die in der Zwangsinnung und im Befähigungsnachweis die einzige Rettung des notleidenden Handwerks erblicken, werden in diesen Tagen ein lautes Geschrei erheben; denn ihre Hoffnungen sind getäuscht und ihre Bestürzungen sind bestätigt worden. Bekanntlich wurden von Berlin Ministerial-Kommissare nach Oesterreich geschickt, die sich über die dortigen Zustände im Handwerk und über die Wirkungen der in Oesterreich eingeführten Zwangs-Organisationen informieren sollten. Auf diese Information will die Reichsregierung sich stützen, wenn sie zu den Handwerkerfragen Stellung nimmt.

Es kam, wie es kommen mußte; die Kommissare waren natürlich von den Zuständen im österreichischen Handwerk nichts weniger als erbaut. Wie ein Bericht in der „Post“ eröffnet, können die Beobachtungen der Kommissare nicht dazu ermuntern, die Wünsche auf Einführung des Befähigungsnachweises zu unterstützen. Bevor man daran auch nur denkt, müsse dem Handwerker eine „regelmäßige Staatshilfe“ zu Theil werden. Dagegen glaubt man, daß es für eine Zwangsorganisation „noch nicht zu spät“ sei. Man bleibt also bei den Vorschlägen des Herrn v. Berlekamp stehen und die Innungsmeister werden nun schreiben, sie seien „gepöppelt“ worden, denn man habe die Kommissare nur abgefandelt, um die Forderung des Befähigungsnachweises mit mehr Gründen abzulehnen zu können.

Wir glauben nicht an die „Poperei“, und halten es für ganz in der Ordnung, daß man sich die österreichischen Zwangsorganisationen erst in der Nähe angesehen hat. Leider hat man die notwendigen Konsequenzen nicht daraus gezogen, denn die Zwangsorganisationen, die Herr v. Berlekamp einführen will, sind eben so nutzlos wie überflüssig, und wenn die Regierung den Befähigungsnachweis in die Kammerkammer werfen will, so thäte sie am Besten, die Zwangsinnungen ihm dahin nachfolgen zu lassen.

Die Handwerker könnten sich sagen: „Die Zwangsinnungen sind eine Konzeption seitens der Regierung. Wenn wir es machen wie die Junker und recht laut „schreien“, dann wird die Regierung Schritt für Schritt nachgeben und uns schließlich auch den Befähigungsnachweis zugesellen!“

Wahrscheinlich werden die Innungsbrüder diesen Weg „nach berühmten Mustern“ einschlagen. Aber sie vergessen, daß Junker und Handwerker zweierlei sind und daß der Handwerksmeister mit dem Schwert im Herzen der Regierung nicht denselben Platz hat, wie der Junker mit dem Stammesbaum. Wenn die Regierung den Junkern eine Konzession macht, so klumpen ihnen dabei auch blankes Goldstücke in der Tasche, die ihnen damit zufallen; wenn

der Handwerker Zwangsinnungen erhält, so hat er davon vorerst keinen Gewinn, als daß er Beiträge zahlen darf. Man übersehe auch nicht, daß es der agrarische Privilegien erzwingt. Er stellt eine ganz andere Macht vor, als die Ansammlung von Kleinbetrieben, die man das Handwerk nennt, und von der Jedermann überzeugt ist, daß sie auf dem Aussterbe-Etat steht. Nun hat außer der Sozialdemokratie niemand den Muth, dies offen zu sagen; den herrschenden Klassen ist der Gedanke vom Untergang des Handwerks unheimlich und so geben sie sich, als hätten sie volles Vertrauen zu den Mitteln, die dem Handwerk empor helfen sollen. Sogar Großindustrielle, die durch ihre Konkurrenz alljährlich eine Heiligtombe von Kleinbetrieben schlachten und dem Gott Wammon darbringen, wollen „das Handwerk retten“. An diese „Retter“ mag glauben wer will!

Die „regelmäßige Staatshilfe“, von der im Bericht der „Post“ gesprochen wird, dürfte für die Handwerksmeister eine fata Morgana bleiben. Sie wird nicht zu Stande kommen, weil ein harter Widerwille dagegen vorhanden ist, die Staatsmittel à fonds perdu, auf Nimmerwiedersehen zu verwenden, ohne daß irgend eine entsprechende Gegenleistung dafür in Aussicht gestellt werden kann. Mit dem kleinen Gaben in die Junker erhält sich die Regierung wenn nicht gerade deren Freundschaft, so doch deren Unterstützung in wichtigen Angelegenheiten. Die Großgrundbesitzer sind eine Macht, mit der die Regierung eines jeden Klassenhaates rechnen muß; die Junker haben eben auch den Muth zur Opposition. Aber die Handwerksmeister? Diese sind aus Borntheit schon von Haus aus konföderat und entschließen sich nur schwer, gegen die nach ihrer Meinung von Gott eingesetzte Obrigkeit sich zu sperren.

Das „notleidende Handwerk“ macht aus leicht begreiflichen Gründen den Staatsmännern weniger Sorgen als die „notleidende Landwirtschaft“.

Im Uebrigen würde der Befähigungsnachweis so wenig wie die Zwangsinnung dem Handwerk wieder auf die Beine helfen können. Er brächte eine Menge widriger Chicanen mit sich. Aber gerade hier würde sich zeigen, welche Kraft Aberglaube es ist, wenn man hofft, mit einigen Polizeivorchriften der großkapitalistischen Ent-wicklung ganz willkürliche Schranken ziehen zu wollen. Es ist eine Illusion, wenn man glaubt, daß die Groß- und Kleinbetriebe auf die Dauer nebeneinander bestehen könnten. In dem Großbetrieb liegt der unbezähmbare Drang nach Ausbreitung, der sich im Aufsteigen von kleineren Betrieben äußert. Innerhalb der heutigen Produktionsordnung wütht dieser Drang mit der Gewalt eines Naturgesetzes.

Man droht den Handwerkern damit, das Interesse

für ihre Sache werde „bei der Regierung erlangen“, wenn sie ihre unerfüllbaren Forderungen, zu denen man für den Augenblick den Befähigungsnachweis rechnet, immer vorantsetzt. Das ist also — und in der „Post“ hat es schon etwas zu bedeuten — eine ziemlich unverblümte Abgabe an die Innungsmeister, die sich nur mit dem Befähigungsnachweis zufrieden geben wollen. Es wird sich nun zeigen, wie weit die Loyalität der Meister geht, aber ob sie auch so laut „schreien“ wollen, wie die Junker.

Einige „enfants terribles“ unter den Meistern haben gedroht, sie würden zur Sozialdemokratie übergehen, wenn die Regierung ihnen nicht zu Hilfe zu kommen gewillt sei. Sie haben damit nur die „notleidenden“ Junker nachgeahmt. Aber bei den Junkern wird aus dieser Drohung niemals Ernst werden, während bei den Handwerksmeistern schon eher anzunehmen ist, daß sie von dem Innungsabusen mit der Zeit ablassen und sich der Sozialdemokratie anschließen werden. Bei Vielen, wohl den Meisten, wird dies erst geschehen, wenn sie vom Großkapital enteignet und zum Lohnarbeiter gemacht worden sind. Eine erhebliche Anzahl von Kleinmeistern sind indessen schon dem Geiste der Zeit gefolgt und haben sich der Sozialdemokratie angeschlossen. Diese haben erkannt, daß die moderne Entwicklung nicht rückwärts, sondern vorwärts geht, und daß es ein vergebliches Bemühen ist, unter den Trümmern des Mittelalters nach dem „goldenen Boden“ des Handwerks zu suchen. Sie haben sich darum jener gewaltigen Bewegung eingereiht, die eine neue Produktionsform schafft und damit der ausgebeuteten und im Preise so gesunkenen Arbeit den goldenen Boden wiedergeben will. Diese vorgeschrittenen Handwerker bilden heute im Verhältnis zu ihrer ganzen Klasse eine kleine Gruppe, aber sie mehren sich und werden sich um so intensiver mehren, je stärker die Konkurrenz des Großkapitals wird.

Es ist traurig, daß das Handwerk so bittere Zeiten durchzumachen hat. Doch trauriger aber ist es, sich der Erkenntnis zu verschließen, daß dieser Auflösungsprozeß ein unvermeidlicher ist und durch aus dem Mittelalter entlehnte Experimente nicht aufgehalten werden kann.

Politische Rundschau.

Sant, den 1. August.

Der preussische Landwirtschaftsminister beabsichtigt eine planmäßige Zusammenfassung sämtlicher Verbände oder Genossenschaften für Vieh- oder Boden-meliorationszwecke und hat die Einreichung von Vereinen sämtlicher in den einzelnen Kreisen vorhandenen dergleichen Verbände angeordnet, aus welchen Zweck und Umfang der Melioration, die Größe des bestelligten Grund und Bodens, die anschlagmäßigen und wirklichen Aus-

Ein verschlossener Kasten.

Roman von Max Kreyer.

(Nachdruck verboten.)

49) Alwin hatte noch Ferien. Es fiel daher Robert auf, daß sein Freund nicht ein einziges Mal das Comptoir betrat, um sich nach dem „Verhalten des neuen Lehrlings“ zu erkundigen, wie ihm verprochen worden war. Wohl aber sah er, wie Cousin und Cousine im Garten auf- und abritten, das junge Gein der Sträuher, den spritzenden Wasser und die Blumenkeime auf den Beeten musterten. Wenn er die Augen nach rechts wendete, konnte er sie Beide erblicken: wie Will sich bückte und dabei scherzte und lachte, wie Alwin sich bemühte, immer dicht an ihrer Seite zu bleiben, wie er mehrmals versuchte, ihre Hand zu ergreifen, seinen Arm in den ihrigen zu legen, und wie sie jedesmal, sich im Kreise drehend, ihm entwich, dann muthwillig vorauslief und ihn riefte.

Einmal schien es ihm, als richtete sie ihren Blick prüfend auf das Fenster, hinter dem er saß, als machte sie Alwin auf das Comptoir aufmerksam. Sommerland folgte ihren Augen, schüttelte dann aber unmutig mit dem Kopf und sprach mit ihr sehr lebhaft.

Die Wandaute erlitt den Menschen, aber sie schloß ihm auch die herbsten Qualen. So bildete sich denn Gatter im Augenblick ein, folgende Worte des Freundes zu vernahmen: „Ich bitte Dich, Will, höre ihn nicht in seiner Arbeit. Er ist wie geschossen, eine Ziffer neben die andere zu setzen, Briefe zu kopieren, die Schmirklade mit schönen Schablonen zu versehen und der weltbekanntesten Firma Schulte und Müller, Nachfolger Lehmann in Düsseldorf, die Mittelstellung zu machen, daß das Terpentinal eine sehr schöne Sache sei, mit der sich trotz des üblen Geruches Geld verdienen lasse. . . Was willst Du? — er wird

sich wohl fühlen in seinem Element, wie alle Leute, die dahin streben, eine feste Existenz zu erlangen, wird auslernen, Commis, Buchhalter vielleicht auch Geschäftsführer werden und, wenn er so eheilig bleibt, wie er heute ist, seine Schuld an Mama nach und nach abtragen. Dann wird auch dieser munde Punkt für ihn aus der Welt geschafft sein. Wir haben nun einmal dieses „Experiment“, wie Doktor Hahnemann immer Mamas Heiligkeit nennt, begonnen und müssen es auch zu Ende führen. . . Ich begreife ja Dein Interesse für ihn (das Fremdartige zieht uns immer an), aber Du darfst nun einmal den Unterschied zwischen seiner Abstammung und der unsrigen nicht vergessen. Es ist nun einmal so in der Welt und wird so bleiben, so lange sie besteht: Der Schwab, der einem nicht paßt, den zieht man nicht an. Wir Schwärmer für etwas, wir erwärmen uns, treten mit unserem Herzen und unserem Geldbeutel für dasselbe ein, sorgen aber immer dafür, daß ein gewisser Abstand zwischen der Person und der Sache bleibt, zwischen dem Ich, das uns gepöppelt, und dem, das wir für andere haben. Wir drücken Jemandem auf der Straße die Hand, verkehren mit ihm an einem fremden Orte, lassen ihm alle Hochachtung zu Theil werden, erklären ihn öffentlich für einen Ehrenmann, würden uns aber hüten, ihn in unserem Hause zu empfangen. Wir lieben einen Menschen um seiner vortheilhaften persönlichen und geistigen Eigenschaften, seines seltenen Charakters willen, erklären ihn für würdig, der Gatte des besten und edelsten Mädchens zu werden — es fiels uns aber nicht ein, ihm die Hand unserer Schwester, unserer Tochter zu geben. Gewiß, es ist Egoismus, und zwar ein kleinlicher, aber der Egoismus ist nie größer, als wenn er kleinlich ist. Es muß gewisse Formen geben, um das reine Erz von den Schlacken in der Gesellschaft fernzuhalten. . . Sieh, Gatter an — so lange er lebt, wird der Name Duffelhepp

an ihm hängen bleiben, wird er sich mit dem Seinigen verweben, werden wir in unseren Vorstellungen das Bild des Trunkenboldees vor uns haben, wird schon der bloße Gedanke an die Möglichkeit, diesen Mann als Verwandten zu bekommen, uns mit einem unnenbaren Entsetzen zu erfüllen. . . Daß ihn also, fördern wir ihn nicht in seinem beginnenden Lebensberufe, machen wir uns klar, daß er von heute ab ein Diener unseres Hauses ist. . .

Wenn Robert in seiner Wandaute diese Worte auf Alwin übertrug, so hatte er zu gleicher Zeit unbewußt seine eigenen Anschauungen zum Durchbruch kommen lassen. Er hatte nicht seit heute erst das Gefühl, daß er in diesem Hause auch ein Fremder bleiben werde, so liebevoll und uneigennützig man ihm auch entgegenkam. Und niemals, auch in seinen geheimsten Gedanken nicht, hatte er sich Hoffnungen gemacht, daß die Klust, die zwischen diesem angesehenen Handelsbause und der armenlichen Stätte seiner Geburt lag, jemals überbrückt werden könne. Bei ruhiger Erwägung sprach er sich auch nicht das Recht zu, ähnliche Erwartungen zu hegen. War es nicht genug, ihn vom Tode errettet, gleich einem Angehörigen ins Haus aufgenommen, ihn vorzüglich behandelt, gepöppelt, getränkt, geliebt und ihn auf die hohe Schule geschickt zu haben? Und war es jetzt nicht seine Pflicht, mit Zinseinsparungen diese Wohlthaten auszugleichen?

Und nun konnte er seine Dankbarkeit nicht bloß durch Worte beweisen, sondern auch durch die That! Endlich kam der Tag, wo er durch praktische Arbeit dem Hause nützen konnte. Er hatte er ihn herbeigeführt, wie oft nach dem Kalender gebüßt, wo er roth angefrischt war! Schon Wochen, Monate vorher hatte er sich nur die eine Aufgabe gestellt: seine körperlichen und geistigen Kräfte bis zur Erschöpfung auszuspannen und sie in den Dienst seiner Wohlthäterin zu stellen, um das abzutragen, was er empfangen hatte. (Fortf. folgt)

führungskosten, die dauernden Genossenschaftskosten und die etwaigen Beihilfen aus öffentlichen Mitteln einschließlich sein sollen. Nach der „Welter-Stg.“ dürfte diese Zusammenstellung mit einer Neuordnung des gesamten Bodenmeliorationswesens und namentlich der Schaffung einer einheitlichen Aufsichtsinanz in Verbindung zu bringen sein.

— **Ausschiebung der Arbeitslosenstatistik** aus der deutschen Berufs-Zählung. Dem Vernehmen nach hat der Bundesrat beschlossen, eine Veröffentlichung der Ergebnisse der Arbeitslosen-Zählung, welche bei der Berufs- und Gewerbezählung vom 14. Juni stattgefunden hat, nicht eher zu gestatten, als bis auch die entsprechenden Ergebnisse der Wiederholung dieser Aufnahme bei der am 2. Dezember bevorstehenden Volkszählung vorliegen. — Diese Maßnahme ist ganz entschieden zu tadeln, und dürfte es Pflicht des Reichstages sein, darob mit dem Bundesrat strenge in's Gericht zu gehen. Insbesondere bemerkt die „Soziale Praxis“: Denn gerade, wenn einer der kleinen Staaten oder eine deutsche Hauptstadt das fragliche Material schnell bearbeitet, kritisch beleuchtet und diese Kritik mit den Ergebnissen veröffentlicht hätte, würde man bei der Veranstaltung der geplanten Wiederholung von den gemachten Erfahrungen haben Gebrauch machen können. Gerade weil es sich um einen ersten Versuch handelt, der vielleicht ganz mißlungen sein kann, sollte man nicht auch noch den zweiten Versuch dem etwaigen Mißlingen preisgeben. Denn eine weitere Wiederholung kann doch voraussichtlich erst im Jahre 1900 stattfinden.

— **Glänzende abgefertigt** hat die Herren Riquel, Posadowsky und Genossen, die das Deutsche Reich durch neue Steuern und durch die „Reichsfinanzreform“ belasten und dem Reichstage das Budgetgesetz verkürzen wollen, durch den Resolutionsbeschluss aus dem Reichshaushalt über das Finanzjahr 1894/95, 100 Millionen Mark neuer Steuern wollten sie, und im Etat, im Voranschlag, überstiegen die Materialbeiträge der Einzelstaaten die Reichsüberweisungen an die Einzelstaaten um 52 1/2 Millionen Mark. Und wie hoch ist nun wirklich die Spannung, das heißt das Mehr der Materialbeiträge über die Überweisungen, die die Regierung auf 52 1/2, der Reichstag auf 30 Millionen veranschlagte? Noch nicht ganze drei Millionen Mark brauchen die Einzelstaaten insgesamt für das Jahr 1894/95 zu den Reichskassen beizutragen. Alles Lebrige, die ganze Militärliste, die Kosten der Marine, der Kolonialpolitik, die Schulzinsen u. werden aus den indirekten Steuern gedeckt und können gedeckt werden, weil infolge der Reformmaßnahmen an den betreffenden Steuern die entsprechenden Ueberweisungen daraus an die Einzelstaaten bis auf jenen unwichtigen Betrag die Summe der Materialbeiträge erreichen. Trotz dieser schweren finanzpolitischen Niederlage aber sitzen die Herren Riquel und Posadowsky wie festgefesselt auf ihren Ministerstühlen, bis etwa auch sie einmal der Lacus ausstritt. Und schon machen die Offiziere für neue Marinefordrungen Stimmung, obwohl das Marinbudget doch zu furchtbarer Höhe gestiegen ist. Das Volk mag auf der Hut sein!

— **Die Vereinfachung des Reichstagswahlrechts** als eine „fortschrittliche“ Maßregel und als einen Versuch im liberalen Sinne hatte dieser Tage die „Kreuzfelder Stg.“ gefordert. Um die diesbezüglichen gegen das Blatt gerichteten scharfen Kritiken zu entkräften, erklärt dasselbe jetzt, nicht nur das Reichstagswahlrecht angegriffen, sondern zugleich der Einführung des proportionalen Wahlverfahrens mit einer Bevorzugung der Altersstimmen das Wort geredet zu haben. Das Blatt denkt sich nämlich die Sache, wie es früher aus einandergelegt, so, daß etwa 10, 12 oder 18 bis 20 jetzige Wahlkreise zu einem einzigen Wahlkreise zusammengelegt werden, in dem 10, 12, 18 oder 20 Vertreter zu wählen wären. Dadurch werde die Sicherheit gegeben, daß eine Partei nicht mundtot gemacht wird, vielmehr werde keine Partei von Belang unvertreten bleiben. Das politisch durchaus falsche Bild, das die Sozialdemokratie und das Zentrum auf Grund des absoluten Mehrs zu Wege bringt, würde dann eine heilsame Verbesserung erfahren, indem andere Parteien neben ihnen zur Geltung gelangen. Das ausschließliche Vordringen vieler Wahlkreise durch ein und dieselbe Partei, so das Zentrum in Bayern, die Konservativen im Rhein, die Sozialdemokraten in den Industrieregenden, würde dann verschwinden. Allerdings ist es ein politisch durchaus falsches Bild, das auf Grund des absoluten Mehrs zu Stande kommt. Aber gerade den bürgerlichen Parteien kommt diese Falschung zu gute. Die Sozialdemokratie fordert bekanntlich das proportionale Wahlverfahren, allerdings auf Grund des allgemeinen, gleichen und direkten Stimmrechts. Unsere Partei könnte dabei nur gewinnen. Sie brachte 1893 von 7673 973 gültigen Stimmen 1786 738 auf, also mehr als 23 von Hundert; sie müßte also, wenn sie verhältnismäßig im Reichstage vertreten sein sollte, etwa 92 Abgeordnete haben. Tatsächlich brachte sie es, dann dem ungerechten System der absoluten Mehrheit nur auf 44 Abgeordnete, also noch nicht einmal auf die Hälfte. Die „Kreuzfelder Stg.“ sieht also wohl ein, daß unsere Partei von einer gerechten Proportionalwahl den Hauptvorteil haben würde. Deshalb schlägt sie vor, daß die Wähler von 25 bis zu 50 Jahren als eine Wahlstimme, die Wähler über 50 Jahre als zwei Wahlstimmen zählen sollen. Diese Verdoppelung des Wahlrechts der älteren Wähler soll dann die Gewähr gegen „Sünde Ueberbürdung“ bieten. Die „Wof-Stg.“ meint dazu, es werde zweifellos zunächst, daß die älteren Wähler sich wirklich so ausgesprochen gegen die politisch tabularen Richtungen entscheiden würden. Man könnte bei einem Versuch recht merkwürdige Erfahrungen damit machen. Aber außerdem fragt es sich doch sehr, ob wirklich mit den Jahren die

politische Erkenntnis wächst. Bei dem Einen mag es der Fall sein, bei dem Anderen nicht. Die politische Auffassung ist individuell und läßt sich nicht nach der Schablone und nach dem Geburtsjahre bemessen. Jedenfalls ist diese Korrektur des allgemeinen Wahlrechts höchst unzulänglich und würde viel böses Blut machen, ohne ersichtlichen Nutzen zu bringen. Ist aber dieser Vorschlag der Verdoppelung der Altersstimmen vorwerflich, so ist es überhaupt jeder, der sich gegen das allgemeine, gleiche, direkte und geheime Wahlrecht richtet. An diesem Grundgesetz der Verfassung des Deutschen Reiches zu rütteln, ist zum Mindesten eine Thorheit. Alle Vorschläge, die dahin gehen, die Stimmen zu größeren Einheiten zusammenzufassen, damit die Minderheiten mehr zu ihrem Rechte kommen, mögen erörtert werden. Indessen darf man wohl vermuten, daß es bei diesen Erörterungen zu irgendwelchen praktischen Ergebnissen nicht kommen wird, sondern daß sie auf absehbare Zeit rein akademisch bleiben werden.

— **Die Nationalliberalen in Dortmund** haben beschlossen, für die bevorstehende Ersatzwahl zum Reichstage den leitenden Abgeordneten Müller als Kandidaten aufzustellen. Müller ist der Mann, dessen Kandidatur die Schlotjunger des dortigen Kreises in solche Vereinerlichung versetzt, daß sie selbst die Bestimmungen des Wahlgesetzes und des Reglements nicht beachten. Schon zwei Mal mußte Müller sein Bündel schnüren und die Heimreise antreten, weil der Reichstag die im Dortmunder Kreise üblichen Wahlpraktiken nicht billigte. Unsere Genossen werden dafür sorgen, daß dieses Mal Müller gar nicht erst hinkommt. Seit 1890 war dieser Kreis nicht mehr durch einen rechtsgültig gewählten Abgeordneten im Reichstage vertreten.

— **Ausnahmehesenerung von Baaren, bazaren.** In Bezug auf die modernen großen Baarenbazare wird dem „Damb. Korresp.“ geschrieben: Man wird über kurz oder lang auch in Deutschland genötigt sein, der Frage näher zu treten, ob jene Firmen zunächst steuerpolitisch empfindlicher als bisher zu belassen sind, die durch Betrieb großer Baarenbazare oder durch Gründung zahlreicher Zweiggeschäfte zentralisierende und monopolisierende Tendenzen bekunden, denen sozialpolitische Erwägungen sehr enger Natur entgegenstehen. Wäre das aber dann nicht unläuterer Wettbewerb?

— **Die Innungskonferenz** trat am Montag Vormittag in Berlin zusammen. Von Seiten der Regierung waren anwesend Geheimrath Wilhelm von Reichsamt des Innern und Geheimrath Sieffert vom Handelsministerium. Die Regierung unterbreitete der Konferenz vier Vorlagen betreffend die Organisation des Handwerks, das Lehrlingswesen, den Meistertitel und die Handwerkerkammern. Die Frage des Beschäftigungsnachweises kommt nicht in Betracht. — In der Dienstadttagung führte Geheimrath Sieffert aus, daß die Regierung nach wie vor beabsichtigt sei, die Reorganisation des Handwerks zu einem befriedigenden Abschluß zu bringen. Berücksichtigt muß aber werden, daß die weitergehenden Interessen nicht eine Gefährdung erfahren. Der Handelsminister habe die gemachten Vorschläge eingehend erwohnt; eine endgültige Entscheidung sei jedoch für die Regierung sehr schwierig; auch sei es erforderlich, die Wirkung etwaiger Gesetzesbestimmungen soweit wie möglich vorher gewissenhaft zu erwägen.

— **Zur Sonntagsbeiligung.** Die zuständigen Minister haben einen Entwurf zu einer Verordnung über die äußere Beiligung der Sonn- und Feiertage fertiggestellt und den sämtlichen Oberpräsidenten mit der Beiligung gleichsam lassen, denselben ihrerseits zu erlassen, um thunlichst gleichmäßige Bestimmungen für die ganze Monarchie zu erhalten.

— **Den unmäßigen Bedenken,** die von orthodoxer Seite gegen die Vornahme der Volkszählung am 1. Dezember, als an einem Sonntage, vorgebracht worden sind (s. die betr. Notiz in gest. Nummer unseres Blattes) hat der Bundesrath Rechnung getragen. Nach einer Mitteilung der „Nordb. Allgem. Stg.“ ist die Erhebung auf Montag den 2. Dezember anberaumt worden. Der Bundesrath dürfte darüber im Reichstage interpelliert werden.

— **Die Anklage gegen den Bruder Heinrich von Marienberg** wegen Meineids wird in der am 30. September beginnenden Schmutzgerichtsperiode zu Rachen verhandelt werden.

Frankreich

Paris, 31. Juli. Die Kommission zur Vorbereitung des zweiten internationalen Preßkongresses ist in Paris zusammengetreten. Derselbe faßte den Beschluß über die geplante Einrichtung eines Zentralbureaus der Preßvereinigungen und bestimmte, daß der nächste Kongreß in Bordeaux in der Zeit vom 13. bis 17. September stattfinden solle.

Belgien

Brüssel, 30. Juli. Die Blätter besprechen die große Rundgebung vom Sonntag und deren Bedeutung in verschiedener Weise. Die katholische Presse meint, die Manifestation, in welcher das soziale Element vorherrschend gewesen sei, beweise, daß das Schulgesetz eine Notwendigkeit sei, da durch dasselbe die religiösen Gefühle wieder gehoben würden. — Die tabularen Organe schreiben die Sozialisten und die Liberalen bei den nächsten Wahlen wieder so zusammengeben, wie gestern im Tage, so haben sie das Schicksal der Volkunterdrücker in ihren Händen. Es genügt dann, sich zu vereinigen, um die reaktionäre Regierung zu erwürgen.

Brüssel, 30. Juli. In der Repräsentantenkammer brachte der Sozialist Deffussieux Namens der Liberalen Linken und der Sozialisten einen Antrag ein, durch den die Regierung aufgefordert wird, angesichts der Bedeutung

der Rundgebung vom letzten Sonntag den Artikel IV des Schulgesetzes der nächsten Session zu überweisen. (Art. IV betrifft den obligatorischen Religionsunterricht in den kommunalen Schulen.) Der Ministerpräsident bekämpfte den Antrag, der dann mit 57 gegen 50 Stimmen abgelehnt wurde.

England

London, 30. Juli. Noch sind drei Wahlen nicht erledigt, zwei in Irland, eine in Schottland. Die Verteilung der Parteien nach den Wahlen ist folgende: 340 Konservativen, 70 Unionisten, 174 Liberale, 12 Nationalen, 69 Antiparlementen, 2 Arbeiterkandidaten. Die Regierung verfügt also über eine Majorität von 153 Stimmen.

Bulgarien

— **Der Schwindelaufstand** in Mazedonien wird von Bulgarien aus fortgesetzt. Alles Schiffel, das für russische Rubel angeworben werden kann, wird in Uniformen gekleidet, aber die Grenze geschmuggelt, wo die „Freiheitskämpfer“, möglichst fern von türkischen Truppen, in irgend einer Ecke die Unabhängigkeit Mazedoniens proklamieren, beim Nahen türkischer Truppen ausweichen, auf bulgarischen Boden blutige Schlachten und glänzende Siege beschreiben, u. s. w. Ermischen die Türken einmal etliche dicke Beiden und packen sie anfangs an, so sind neue „Türkenzettel“ fertig. Wenn die russenfreundlichen Blätter aus dem Umstand, daß die Türken die Grenze nicht besser bewachen, den Schluß ziehen, die Türkei bekunde dadurch ihre „Schwäche“, so ist dem entgegen bloß zu bemerken, daß das großmächtige Russland den politischen Aufstand des Winters 1862/63 an der preussischen Grenze nicht zu unterdrücken vermochte und dazu die Hilfe des Janfers Bismarck annehmen mußte, der damals schon „russischer als die Russen“ war.

Zum Agrarprogramm.

IV.

Die Oberfelder „Freie Presse“ sagt in einem Artikel unter anderem: Die Erörterung der Agrarfrage in Verbindung mit der Frage der Agitation auf dem Lande ist für unsere Partei nicht neu, sie besteht so lange als die Partei selbst. Unter der Herrschaft des Sozialistengesetzes verstand natürlich diese Frage von der Tagesordnung, was aber durchaus nicht verdrängt hat, da wir auch selbst unter dem Anheißel auf dem Lande oder doch mindestens in den ländlichen Distrikten, in dem Maße, wie die wirtschaftlichen Verhältnisse unserer Bewegung vorgebereitet haben, an Anfang genommen. Als aber die Partei sich wieder auf dem Boden des sogenannten gemeinen Rechts bewegte und so mancher unserer Genossen gar glaubte, daß man die doch durchaus nicht verdrängte Blasse Sozialismus irrtümlicherweise haben konnte, da wurde nach Massen gesucht, womit man etwas im Stillsitzen das platte Land erobern könne. Das man aber damit die Höhe über die Grundlage und die Entwicklung unserer Partei wenn nicht gerade verweigerte, so doch zu verringern suchte, scheint man bis heute auf jener Seite nicht so recht eingesehen zu haben.

Hätte man sich bei Erörterung der Frage über die Agitation auf dem Lande nur auf die Gewinnung der Leute ohne Art und Daim (nicht im Capitel'schen Sinne zu verstehen) beschränkt und sich auf Grund der gemachten Erfahrungen allgemeinige Maßregeln gegeben, wie diese Leute am leichtesten für unsere Partei zu gewinnen sind, so wäre dagegen gewiß kein Wort zu verlieren gewesen; jedoch von uns hätte die Notwendigkeit einer solchen Maßregel von vornherein anerkennen müssen. Aber dazu beehrte es keinen besonderen Agrarprogramm. Doch manches Parteigenosse sind der Meinung, daß wir nicht allein die Landarbeiter, sondern auch die Bauern für uns gewinnen können (es sind dies allerdings — sprechen wir dies, um Klarheit zu bekommen, nur offen aus — weiß die selben Genossen, die glauben, auch in den Städten ein besonderes Gewicht auf die Gewinnung des Kleinbürgerstums legen zu müssen), und deshalb wurde auf dem vorjährigen Parteitag die Notwendigkeit einer besonderen Agrarprogramm betont und eine Agrarprogrammliste eingeleitet, welche die Sache bis zum nächsten Parteitag näher prüfen und eventuell Vorschläge machen sollte.

Sehen wir uns nun zunächst den Entwurf an, so fällt sofort auf, daß darin so wenig Sozialdemokratisches, aber umso mehr staatssozialistische Forderungen zu finden sind. Man werde nicht ein, daß auch der bisherige zweite Teil des Programms nur an den heutigen Staat zu stellende Forderungen enthalte; man besetze genau diese mit dem vorliegenden Entwurf und man wird finden, daß die sämtlichen in dem bisherigen Programm skizzierten Forderungen allgemeiner Natur und für Stadt und Land gleich anwendbar sind, während durch die im Agrarprogramm Bestimmungen in das Programm hineingetragen werden, die nur die ländliche Bevölkerung und in der Hauptsache nur die selbständigen Bauern angehen, indem hier die „kleinen Mittel für die Landwirtschaft“ ergriffen werden. Diesen Umstand beachte man wohl, er ist für uns von der weitestgehenden Bedeutung, und wird der Entwurf in der vorliegenden Fassung angenommen, so nimmt damit die Partei die Politik derjenigen an, die glauben, unter allen Umständen sogenannte „praktische Politik“ treiben zu müssen, praktische Politik, deren Folgen für die Partei verhängnisvoll ganz unabweisbar, auf alle Fälle aber geeignet sind, der vorzunehmenden Generation eine Schule zu geben, die die Partei den revolutionären Charakter nimmt. Das wollen wir doch lieber nicht mitmachen.

Wir kommen zu dem Schluß, daß man überhaupt ganz darauf verzichten sollte, besondere Bestimmungen über die Agrarfrage oder überhaupt über die Verhältnisse einer bestimmten Bevölkerungsklasse in das Programm hineinzubringen. Wir halten das für unsozialdemokratisch und unserer ganzen Vergangenheit unüberlegen.

Um gereinigtes Material zur Landagitation zu erhalten und um zugleich die Lage der Landarbeiter zu verbessern, halten wir es für das Beste, daß unsere Abgeordneten, soweit es in ihrer Macht liegt, Anträge im Reichstage einbringen, die sich mit den vom sozialdemokratischen Standpunkte aus anzuerkennenden Forderungen im Agrarprogramm-Entwurf decken.

Das „Kollektivblatt“ für die Herzogthümer Sachsen-Koburg-Gotha“ schreibt: Unser Agrarprogramm wird von allen bürgerlichen Blättern besprochen. Es ist dabei recht lehrreich, zu beobachten, wie verschiedene die Beurteilung ist. Während die freisinnigen und demokratischen Blätter anerkennen, daß die neuen Programmpunkte manches Gute und Winzschweres enthalten, zugleich aber auch eine förmliche Schwärzung der Partei bedeuten, die sich damit vollständig auf den Boden der heutigen Gesellschaft stelle, sehen die konservativen und vor allem die nationalliberalen Blätter in dem neuen Programm nur einen geschlossenen Bauernroman, eine neue Dichtung, unter welcher die sozialdemokratische Partei ihre wirklichen Ziele verberge und legt noch darüber frei, als wenn: Beide Urteile wundern und nicht. Man beschreibe Andere immer nur nach sich selbst. Eine Partei, wie die nationalliberale, eine Partei der vollkommenen Niedertracht, die sich nur unter der Maske der Menschlichkeit geklopft, kann anderen Parteien selbstverständlich nichts Besseres zutrauen, und wenn die Freisinnigen, voran die Richter „Freisinnige Zeitung“, und können vorwerfen, daß wir liberale Forderungen aufgenommen hätten, aus Rücksicht auf den antisozialistischen Bauernschicksal, aber dabei unter dem Vorwand in die Falle

In dem
Total - Ausverkauf
von
Wilh. Blau
in Neubremen
wegen Wegzuges von hier stehen
für die nächsten Tage:
**Gardinen, Kleider-
Kattune, Bettzeug-
Kattune u. Möbel-
Kattune**
zu äußerst billigen Preisen zum
Verkauf.

Tapeten u. Borden

in den neuesten und schönsten
Mustern für Salons, Wohn-
zimmer, Schlafzimmer, Schlaf-
zimmer, Küche etc. in größter
Auswahl zu sehr billigen Preisen.
Günstigste Bezugsquelle
für Neubauten etc. bei

Gebrüder Popken

15 Gükerstr. 15.
Musterkarten überallhin franko.

**Waarenhaus
B. H. Bührmann.**

100 Centimeter breiter
schwarzer
Cachemir
reine Wolle
per Meter von 65 Pf. an.

In Kleiderstoffen,
Seidenwaaren
jeder Art größte Auswahl
am Plage.

Logis für zwei Leute
Bremmerstraße 9, Neubremen.

Waarenhaus B. S. Bührmann.

Nur grosser Umsatz ermöglicht billige Preise!

Herren-Konfektion.

Bucksfin-Anzüge 10-28 Mk.
Cheviot-Anzüge 16-36 "
Hochf. Kammg.-Anzüge 28-45 "
Havelocks 15-30 "
Wasserdichte Regenmäntel 8-33 "
Loden-Zoppen 8-16 "

Sommer-Paletots

in guten Qualitäten
15 bis 33 Mark.
Billigere Sachen in jeder Preislage.

Herren-Anzüge nach Maass

hier gearbeitet
von **35 Mark an.**
Flotter Wiener Schnitt!

Regenschirme — Regenschirme

empfiehlt in größter Auswahl zu billigsten Preisen
M. Schlöffel, Kürschner, Bant.

Mehrere tüchtige
Maurer u. Arbeiter

finden sofort dauernde, lohnende Be-
schäftigung bei

Johann Grashorn,
Bant, Wolfstraße 5.

Gesucht

auf sofort ein in allen Arbeiten erfahrenes
Mädchen.

Th. Kemmen, Bant, Straße 6.

Ein kinderloses Ehepaar

wünscht ein Kind als eigen oder
in Pflege zu nehmen.

Näheres in der Expedition d. Bl.

**Zu vermieten
ein möbl. Zimmer.**

Jürgens, Nordstr. 20.

Zu vermieten

per sofort eine schöne vierräumige Etage-
wohnung mit abgeschlossenem Korridor,
Keller und Bodenraum sowie zum 1. Nov.
eine dito mit Balkon an ruhige Bewohner.
Preis 185 Mark.

M. Schlöffel.

Zu vermieten

ist die von Frau Menerhoff bewohnte
Oberwohnung, Kirchstraße 1 zu Bant,
auf 1. September, und die von Ruper
bewohnte Kellerwohnung auf den 1. Nov.

Näheres bei **G. J. Garlihs,**
Dinterstraße 1.

Gelegenheitskauf!

Eine hocheleg. Plüschgarnitur, 1 Divan,
6 Polsterstühle, 1 ff. nußb. Sophatisch,
1 hocheleg. nußb. Herren-Schreibtisch, 1 ff.
nußb. Serviertisch, 6 nußb. Rohrstühle mit
Aufschlufflag.
Die Sachen sind vollständig neu.

Noonstraße 86, 1.

Bürger-Verein Neubremen.

Sonnabend den 3. August
Abends 8 1/2 Uhr

Monatsversammlung

im Lokale des Herrn **Jansen,** Neubremen.

Tagesordnung:

1. Fehlung der Beiträge.
2. Aufnahme neuer Mitglieder.
3. Ergänzungswahl des Vorstandes.
4. Besprechung betreffend Stiftungsfest.
5. Verschiedenes.

Der Vorstand.

**Verein. Gesangvereine
F., E., H.**

Sonnabend den 3. August
Abends 8 1/2 Uhr

Außerord. Generalversammlung

im Lokale des Herrn **Sadowasser,**
Lundwich.

Der Vorstand.

**Bürgerverein „Gemeindewohl“
Bant.**

Sonnabend den 3. August 1895
Abends 8 1/2 Uhr

Versammlung

im Lokale des Herrn **S. Fickner.**

Tagesordnung:

1. Vorstandswahl.
2. Aufnahme neuer Mitglieder.
3. Feuerlösch-Angelegenheit.
4. Verschiedenes.

Diejenigen Bürger, die noch beizu-
treten wünschen, werden freundlichst ersucht,
zu erscheinen, da nach dieser Versammlung
Einschreibebühren erhoben werden.

Der provisorische Vorstand.

**Waarenhaus
B. S. Bührmann.**

**Karrirte baumwollene
Bettzeuge**

in vorzüglichsten Qualitäten,
Meter
55, 45, 35 Pf.

Zu vermieten.

Zum 1. September 1895 ist eine
Wohnung in dem Liebigott'schen Hause
zu Bant, Verl. Noonstraße 6, zu ver-
mieten. Nestantanten wollen sich diesfer-
halb an Herrn **Maurermeister J. Zapfe**
zu Bant wenden.

Der Verwalter:

S. A. Meyer, Auktionator.

Visiten-Karten

fertig an **Buchdr. des Nordd. Volksbl.**

Wulf & Francksen



Ausstellung fert. Betten.

**Einschläfige Betten
Nr. 8**

aus grün-roth gestreiftem
Atlas mit 16 Pfund
Federn.

Oberbett 7,—
Unterbett 7,—
2 Kissen 5,—
Mk. 19,—

Zweischläfig Mk. 23,50

**Einschläfige Betten
Nr. 10**

aus roth-grau gestreiftem
Atlas mit 16 Pfund
Federn.

Oberbett 10,25
Unterbett 10,25
2 Kissen 7,—
Mk. 27,50

Zweischläfig Mk. 31,—

**Einschläfige Betten
Nr. 10 b**

aus roth-bunt gestreiftem
Atlas mit 16 Pfund
Federn.

Oberbett 13,50
Unterbett 13,50
2 Kissen 9,—
Mk. 36,—

Zweischläfig Mk. 40,50

**Einschläfige Betten
Nr. 11**

aus rothem oder roth-
rosa Atlas mit 16 Pfund
Halbdaunen.

Oberbett 17,50
Unterbett 17,50
2 Kissen 10,—
Mk. 45,—

Zweischläfig Mk. 50,50

**Einschläfige Betten
Nr. 12**

Oberbett aus rothem
Daunenköper, Unterbett
aus rothem Atlas mit 16
Pfund Daunen u. Federn.

Oberbett 22,—
Unterbett 20,50
2 Kissen 12,—
Mk. 54,50

Zweischläfig Mk. 61,—